

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANFRAGE

3-0890/06-KT

für die **ö f f e n t l i c h e** Sitzung

Kreistag

18.09.2006

Einreicher: Akuloff, Hans Jürgen

Betr.: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.PDS zum
Landeskompensationskonzept

Sachverhalt:

Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung und das Ministerium für Finanzen des Landes Brandenburg haben ein Kompensationskonzept vorgelegt und zur Mitwirkung aufgefordert.

Frage:

Welche Konsequenzen für den ÖPNV im Kreis zieht die Kreisverwaltung aus dem Landeskompensationskonzept, das bis 2010 eine solide Finanzgrundlage - trotz Kündigung der Landesmittel um 142 Millionen Euro für den Netzverkehr - gewährleisten soll.

Luckenwalde, den 30.11.2006

gez. Hans Jürgen Akuloff
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.PDS

Für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming beantwortet Herr Landrat Giesecke die Anfrage wie folgt:

Am 22. und 24.08.2006 wurden die Landräte und die ÖPNV-Verantwortlichen der Landkreise und kreisfreien Städte über die Auswirkungen der durch die Bundesregierung zur Haushaltskonsolidierung beschlossenen Kürzung der Regionalisierungsmittel auf das Land Brandenburg durch das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung informiert. In dem in der Frage erwähnten Kompensationskonzept des Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung wird dargestellt, welche finanziellen Kompensationsmaßnahmen bis 2010 für die reduzierten 142 Mio. € ergriffen werden. „Umstrukturierungen“ im Verkehrshaushalt sollen 104 Mio. € erbringen, das Ministerium der Finanzen hat eine Deckungszusage aus dem Haushalt in Höhe von 34 Mio. € genannt. Originäre Landesmittel sollen erst 2010 in Höhe von 4 Mio. € eingesetzt werden. Dem ersten und größten Block sind diverse SPNV-Abbestellungen im Land Brandenburg geschuldet, von denen der Landkreis Teltow-Fläming nicht direkt betroffen ist.

Auf uns wirkt sich die Änderung des ÖPNV-Gesetzes negativ aus, in dem die bisher für die übrigen ÖPNV bereitgestellte Summe von 50 auf 44 Mio. € reduziert wird. Zusätzliche 2 Mio. € stehen nur den Landkreisen zur Verfügung, die von SPNV-Abbestellungen betroffen sind und Busersatzverkehre einrichten wollen. Hierfür ist eine „Anschubfinanzierung“ von 0,80 € je neu eingerichteten Buskilometer vorgesehen, was nicht annähernd die Kosten deckt.

Die Kürzung der für den üÖPNV bereitgestellten Mittel von 50 auf 44 Mio. € ergibt für unseren Landkreis für das Haushaltsjahr 2007 eine verminderte Zuweisung durch das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung in Höhe von - 326.263 Euro im Vergleich zum Vorjahr. Der Schlüssel, dem die Zuweisungen zu Grunde liegen, wird erst ab 2008 - auch im Zusammenhang mit den ebenfalls um 2 Millionen Euro gekürzten § 45a-Mitteln - angepasst. Dabei sollen die kreislichen Eigenmittel stärker als bisher gewertet werden. Ab 2008 sollen die § 45a-Mittel, die bisher dem Verkehrsunternehmen direkt zugeschrieben werden, den Landkreisen übergeben werden („ÖPNV aus einer Hand“).

Da wir als Landkreis und Aufgabenträger für den üÖPNV an der Sicherung einer möglichst bedarfsgerechten Versorgung unserer Bevölkerung interessiert sind, haben wir die Haushaltsplanung für 2007 so angepasst, dass alle Verkehrsverträge und unser Gesellschafterbeitrag an den VBB (Konsortialvertrag) zu 100 % erfüllt werden können. Zum Ausgleich der Reduzierungen ist eine Veränderung der Investitionsrichtlinie des Nahverkehrsplanes erforderlich. Dem Kreisausschuss wird hierzu ein Antrag auf Veränderung von 350 auf 200 T€/a zur Beschlussfassung vorgelegt.

In den letzten beiden Jahren haben die Städte und Gemeinden für ÖPNV-Investitionen Zuwendungsbescheide in Höhe von rund 600 T€ vom Landkreis erhalten. Damit sind die wichtigsten Vorhaben erledigt, so dass die 200 T€/a in den nächsten Jahren ausreichen werden.

Als zweite Maßnahme haben wir festgelegt, den Bus zwischen Ludwigsfelde und Schönefeld, der den Landkreis 190.500 €/a kosten würde, wegen der unzureichenden Nutzung zum Fahrplanwechsel einzustellen.

Im Ergebnis aller Abstimmungen und Berechnungen macht sich ein kreislicher Eigenanteil in Höhe von 2.257.449 € erforderlich. Damit ist die im Nahverkehrsplan für 2007 als voraussichtlich notwendige Summe von 2.250 T€ fast punktgenau erreicht worden und im Landkreis kann auf dieser Basis eine ordnungsgemäße ÖPNV-Versorgung gesichert werden.

Bochow